GASTBEITRAG

Syrische Flüchtlinge Wenn Europa der Türkei hilft, hilft es sich selbst

Friedrich Püttmann arbeitet als Türkei-Experte und Soziologe an der London School of Economics und an Sciences Po Paris, wo er zur Aufnahme der syrischen Geflüchteten in der Türkei forscht.

Ewiges Exil: Syrische Kinder 2016 im Flüchtlingslager von Gaziantep in der Türkei.

Diesen März jährt sich das Migrationsabkommen zwischen EU und Türkei zum achten Mal. Europa mag der Aufnahme von Geflüchteten zunehmend müde sein, jedoch befinden sich 75 Prozent von ihnen tatsächlich im Globalen Süden. Die meisten sind nach wie vor in der Türkei; fast vier Millionen stammen allein aus Syrien.

Bei der Aufnahme der syrischen Flüchtlinge in der Türkei hat sich die internationale Gemeinschaft zu lange nur auf die Syrer konzentriert und zu wenig auf die türkische Gesellschaft. Diese hat jedoch den Geflüchteten gegenüber in den letzten Jahren eine äußerst feindselige Haltung eingenommen.

Laut einer Umfrage des UNHCR wollen 82 Prozent der Türken, dass die Syrer das Land verlassen. Will die EU, die noch mit der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge beschäftigt ist, eine neue Flüchtlingskrise mit der Türkei vermeiden, sollte sie jetzt handeln und die Integration der Syrer vor Ort noch proaktiver unterstützen.

Doch dabei stehen Brüssel und Berlin vor zwei entscheidenden Dilemmata. Das erste ist, dass die EU um jeden Preis einen neuen Zustrom von syrischen und anderen Flüchtlingen aus der Türkei verhindern, gleichzeitig aber auch ihre humanitären Werte aufrechterhalten will.

Das zweite Dilemma besteht darin, dass die EU möchte, dass auf lange Sicht die Türkei die Verantwortung für die syrischen Flüchtlinge vollständig übernimmt. Gleichzeitig hat sie Vorbehalte gegen eine finanzielle Unterstützung der Türkei, da diese auf den Straßen und in den Parlamenten immer auch als Unterstützung Präsident Erdoğans wahrgenommen wird.

Kampfjets für Ankara

- Washington hat den Verkauf von **F-16-Kampfjets an Ankara auf den Weg gebracht,** teilte die zuständige US-Behörde am Freitagabend (Ortszeit) mit.
- Tage zuvor hatte die Türkei ihre Blockade gegen den **Nato-Beitritt Schwedens** aufgegeben.
- Der türkische **Präsident Erdogan** hatte seine Zustimmung u.a. an Kampfjet-Lieferungen aus den USA geknüpft.

Die EU muss die Integration von Syrern unterstützen

Langfristige Integration in der Türkei ist auch das, was die meisten syrischen Flüchtlinge in Anbetracht der anhaltenden Situation in Syrien bevorzugen würden. Türkische Politiker sind sich bewusst, dass eine Rückkehr aller syrischen Flüchtlinge nach Syrien in der Praxis höchst unwahrscheinlich ist. Gleichzeitig aber kann dies auf nationaler Ebene nicht gesagt werden, da dies auch für sie einen hohen politischen Preis in ihrer Wählerschaft bedeuten würde.

Dass Organisationen vor Ort wie dem Kinderhilfswerk Unicef und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) genau jetzt die Mittel gekürzt werden sollen, ist brandgefährlich. Eine Exit-Strategie aus der humanitären Hilfe für die Türkei ist wichtig, muss aber durchdacht sein. Eine nachhaltige Zusammenarbeit in Sachen Migration bedarf nicht nur mehr Geld, sondern auch neuer Wege.

Eine besondere Innovation wäre der sogenannte „Türkiye Compact“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Dieser schlägt vor, türkischen Unternehmen mit besonders vielen syrischen Angestellten den Zugang zu europäischen Märkten zu erleichtern und dies an die Bedingung einer besseren Integration der syrischen Geflüchteten in den regulären türkischen Arbeitsmarkt zu knüpfen. Auf diesem Weg würden sowohl für türkische Bürger als auch für syrische Geflüchtete mehr Jobs geschaffen, der Wettbewerb auf dem irregulären Arbeitsmarkt verringert und die Spannungen zwischen Türken und Syrern eingegrenzt.

Klar ist: Infolge weltweiter Flucht und Migration ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Türkei ein vitales Interesse Deutschlands und der EU – vielleicht heute mehr denn je.

In Kürze

GROSSBRITANNIEN
USA wollen wieder Atomwaffen stationieren
Die USA wollen 15 Jahre nach dem Abzug ihrer letzten Atomwaffen aus Großbritannien dort erneut Sprengköpfe stationieren. Dies geht aus Pentagon-Dokumenten und Beschaffungsverträgen hervor, über die der britische „Telegraph“ berichtet. Die Sprengköpfe mit der dreifachen Kraft der Bombe von Hiroshima 1945 sollen auf den Stützpunkt Lakenheath der britischen Royal Air Force in der Grafschaft Suffolk kommen. Hintergrund ist die Sorge vor Russland, das seit zwei Jahren Krieg gegen die gesamte Ukraine führt. *(Tsp)*

ARGENTINIEN
Präsident Milei streicht zentrale Reformvorhaben
Der mit radikalen Reformversprechen angetretene argentinische Präsident Javier Milei macht angesichts wachsenden Widerstandes weitere Abstriche an seinen Vorhaben. Aus dem Entwurf für das sogenannte Omnibusgesetz wurden die Renten- und Steuerreform gestrichen. Damit soll der Boden für eine parlamentarische Mehrheit geschaffen werden. Vorige Woche hatten Gewerkschaften das Land mit einem Generalstreik überzogen. Noch nie war das einem Präsidenten nach nur 50 Tagen im Amt passiert. *(Reuters/Tsp)*

FINNLAND
Stubb und Haavisto in Stichwahl um Präsidentenamt
Bei der Präsidentschaftswahl in Finnland haben sich nach vorläufigen Angaben der frühere konservative Regierungschef Alexander Stubb und der grüne Ex-Außenminister Pekka Haavisto für die Stichwahl qualifiziert. Nach Schließung der Wahllokale am Sonntagabend veröffentlichte der öffentlich-rechtliche Sender Yle die Ergebnisse der Auszählung der vorab abgegebenen Wahlzettel. Demnach errang Stubb 28,3 und Haavisto 25,8 Prozent. Drittplatzierter wurde mit 16,1 Prozent der Kandidat der ultrarechten Finnenpartei, Jussi Halla-aho. *(AFP)*

ANZEIGE

© dpa/Uygar Onder Simsek/Moku; Privat